

# femmes protestantes

## **Stellungnahme der femmes protestantes**

### **NEIN zur Volksinitiative «Keine 10 Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»**

Am 14. Juni 26 steht die Volksinitiative der SVP «Keine 10 Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» zur Abstimmung.

Die Initiative<sup>1</sup> fordert, dass

- Die ständige Wohnbevölkerung<sup>2</sup> der Schweiz zehn Millionen bis 2050 nicht überschreiten darf. Ansonsten müssen internationale Verträge gekündigt werden.
- Bei der Annäherung an 9,5 Millionen, der Bundesrat Massnahmen treffen muss, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.
- Bund und Kantone eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zum Schutz der Umwelt und im Interesse der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung, der Bildungseinrichtungen, der Stromversorgung und der Sozialwerke gewährleisten muss.

Die Initiative wird von den Gegner:innen auch Chaos-Initiative<sup>3</sup> genannt, weil sie ein radikales Experiment vorschlägt. Nämlich die strikte Deckelung der Bevölkerung.

Die Folgen wären verheerend, gerade auch für Frauen.

**Die Initiative der SVP ist ein Angriff auf die Errungenschaften der Personenfreizügigkeit, auf Care-Arbeit, Familienrechte und soziale Sicherheit. Sie trifft besonders Frauen\*, Migrant\*innen und prekär Beschäftigte.**

**femmes protestantes setzt sich für eine offene, solidarische und inklusive Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht, gleichberechtigt und sicher leben können.**

**femmes protestantes setzt auf systemische Lösungen, die Probleme angehen, bspw. in Lohnschutz-, Miet- oder Raumplanungsfragen – nicht auf Ausgrenzung und Angstmache. Daher lehnt femmes protestantes die Volksinitiative «Keine 10 Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» klar ab.**

---

<sup>1</sup> <https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/initiative/>

<sup>2</sup> zur ständigen Wohnbevölkerung gehören alle Schweizer Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

<sup>3</sup> <https://www.sp-ps.ch/artikel/chaos-initiative-der-svp-ein-historisches-eigengoal/> oder <https://www.nein-chaos.ch/> oder <https://unia.ch/de/schwerpunkte/nein-zur-chaos-initiative>

# femmes protestantes

Zu den Argumenten:

## 1. Was bei Care-Arbeit und im Gesundheitssektor gegen die Initiative spricht.

- **Die Initiative blendet Pflege- und Gesundheitskrise aus**  
Schon heute fehlen 15'000 Pflegekräfte – die Initiative würde diese Lücke weiter vergrössern. Ein Drittel des Gesundheitspersonals kommt aus der EU, viele davon sind Frauen\*. Ohne sie bricht die Grundversorgung zusammen, besonders in ländlichen Regionen und in der Altersbetreuung.
- **Die Initiative fördert unbezahlte Care-Arbeit:**  
Die Initiative ignoriert, dass Migrant\*innen – darunter vor allem Frauen – einen grossen Teil der unbezahlten und schlecht bezahlten Sorgearbeit leisten. Sie pflegen, betreuen Kinder und ältere Menschen und halten so das soziale Gefüge aufrecht.
- **Die Initiative spaltet Fachkräfte-Familien:**  
Die Personenfreizügigkeit ermöglicht es Fachkräften, in der Schweiz zu arbeiten und ihre Familien mitzubringen. Die Initiative würde diese Rechte einschränken und damit besonders Frauen und Familien benachteiligen.

## 2. Was die Initiative für migrantische Familien bedeutet

- **Die Initiative schafft Rechtsunsicherheit für Familien:**  
EU-Bürger\*innen in der Schweiz würden zu Menschen zweiter Klasse degradiert, ihre Angehörigen könnten jederzeit ausgewiesen werden. Das schafft Angst und Abhängigkeiten, besonders für Kinder.
- **Die Initiative betreibt Sündenbock-Politik:**  
Viele migrantische Personen leben seit Jahren hier, arbeiten und zahlen Steuern. Sie sind Teil dieser Gesellschaft – die Initiative spaltet und macht sie zu Sündenböcken für strukturelle Probleme, zu deren Lösungen die SVP bisher nie Hand bot.

## 3. Was die Initiative für den Wirtschaftsstandort Schweiz für Nachteile bringt

- **Die Initiative fördert Lohndumping:**  
Die bilateralen Verträge sichern die Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmer\*innen und bekämpfen Lohndumping. Die Initiative würde diese Schutzmechanismen abschaffen – besonders prekär Beschäftigte wären betroffen.
- **Die Initiative bringt die AHV in Schieflage:**  
Migrant\*innen zahlen mehr in die AHV ein, als sie beziehen. Ohne sie hätte die AHV massive Probleme. Die Initiative gefährdet damit die Altersvorsorge aller.
- **Die Initiative isoliert wirtschaftlich:**  
Eine Kündigung der Bilateralen würde Schweizer KMUs den Zugang zum EU-Markt erschweren und damit Arbeitsplätze gefährden.

# femmes protestantes

## 4. Die Initiative verschlechtert den Menschenrechtsschutz aller in der Schweiz

- **Die Initiative stellt sich gegen die Menschenrechte aller Personen:**  
Die Initiative will internationale Verträge kündigen. Das trifft die gesamten Menschenrechtsabkommen aller Personen, explizit auch Frauen, Kinder, behinderte Personen, LGBTI-Personen und Geflüchtete.
- **Die Initiative grenzt aus und ist rassistisch:**  
Die SVP macht Geflüchtete und Schutzsuchende für gesellschaftliche Probleme verantwortlich – obwohl sie nur 2,5% der Bevölkerung ausmachen.

## 5. Warum die Initiative auch bei Wohnungsnot nicht hilft:

- **Die Initiative macht Wohnungsnot zum Migrationsproblem:**  
Es gibt mehr freie Wohnungen als bei Einführung der Personenfreizügigkeit – aber sie sind zu teuer oder falsch verteilt. Die Lösung sind Genossenschaftswohnungen und Mieter\*innenschutz.
- **Die Initiative macht ungenügende Raum- und Mobilitätsplanung zum Migrationsproblem:**  
Die SBB-Infrastruktur ist zu Spitzenzeiten ausgelastet, generell jedoch nur zu 30. Statt Migrant\*innen die Schuld zu geben, braucht es Investitionen in den öffentlichen Verkehr und eine gerechte Raumplanung.

## 6. Protestantische Argumente gegen die Initiative

- **Die Initiative verdreht Fakten des Klimawandels:**  
Die Initiative verwechselt Problem und Ursache: Nicht die Einwohner:innenzahl, sondern ein auf fossile Energien und die Verwertung von Mensch und Umwelt basierendes Wirtschafts- und Konsummodell zerstören die Schöpfung. Zuwanderung pauschal als Bedrohung der Natur und des Klimas darzustellen, widerspricht christlichen Werten, sich für die Fremden, Schwachen und Geflüchteten einzusetzen. Die irreführend genannte «Nachhaltigkeitsinitiative» suggeriert, dass das Fernhalten von Menschen, die Natur schütze, anstatt griffige Naturschutzmassnahmen zu ergreifen und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Christliche Naturschutz- und Klimapolitik sollte die Strukturen dahingehend ändern, dass die Schöpfung bewahrt und zugleich Menschenwürde und Gerechtigkeit respektiert werden.
- **Die Initiative benachteiligt Arme und Schutzbedürftige:**  
Die Kirchen setzen sich traditionell für die Schwächsten ein. Die Initiative trifft besonders Migrant\*innen, Geflüchtete und prekär Beschäftigte – also Menschen, die oft schon jetzt an den Rand gedrängt werden.
- **Die Initiative bricht Friedensbündnisse:**  
Die bilateralen Verträge sind ein Zeichen der Zusammenarbeit und des Friedens in Europa. Die Initiative gefährdet diese Errungenschaft und isoliert die Schweiz in einer Zeit, in der Solidarität und Dialog dringend nötig sind.

# femmes protestantes

- **Die Initiative bricht mit der christlichen Tradition des Schutzes für Verfolgte:**  
Die Genfer Flüchtlingskonvention basiert auf dem Prinzip der Menschlichkeit. Die Initiative will diese Konvention kündigen – ein klarer Bruch mit der christlichen Tradition des Schutzes für Verfolgte.
- **Die Initiative straft besonders Frauen im Niedriglohnsektor:**  
Die Initiative trifft besonders Frauen, die in Care-Berufen arbeiten, Familien zusammenhalten und oft prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Feministische Theologie fordert, dass alle Menschen – unabhängig von Geschlecht oder Herkunft – gleichberechtigt und sicher leben können.
- **Die Initiative fördert eine Zweiklassen-Gesellschaft:**  
Die Initiative fördert eine Gesellschaft, in der Menschen aufgrund ihrer Herkunft zu Bürger\*innen zweiter Klasse werden – das widerspricht dem evangelischen Verständnis von Gerechtigkeit und Freiheit.